



Antragsformular für Unterstützung aus dem Hilfsfonds „Wir bleiben in Verbindung“ des Erzbistums Berlin

An das Erzbischöfliche Ordinariat Berlin
Servicestelle Projekte und Prozesse
Fundraising – Uta Bolze
Niederwallstr. 8-9, 10117 Berlin
Nur per Mail an: fundraising@erzbistumberlin.de

1. Angaben zum Antragsteller

Name, Vorname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

Telefon, E-Mail:

2. Antragstelle

Der Antrag ist über eine Antragstelle einzureichen. Das persönliche Erscheinen bei der Antragstelle ist erforderlich. Die Antragstellung erfolgt über:

Antragstelle:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

Telefon, E-Mail:

3. Antrag

Aufgrund der Corona-Pandemie bzw.

bin ich in wirtschaftliche Not geraten und beantrage hiermit Unterstützung aus Mitteln des Hilfsfonds „Wir bleiben in Verbindung“ im Erzbistum Berlin.



a) Ich beantrage Unterstützung für:

Sachkosten zur Abwendung einer existenziellen Not, insbesondere Kosten für Lebensmittel, Kleidung, Haushaltsgeräte, Arbeitsmittel, Möbel

Kosten für kulturelle Zwecke

Kurze Darlegung, wofür konkret die Mittel benötigt werden:

b) Wirtschaftliche Notsituation

Kurze Darlegung zur wirtschaftlichen Notsituation. Dabei ist ggf. der Zusammenhang mit der Corona-Pandemie deutlich zu machen:

c) Höhe der Unterstützungsleistung/Bankverbindung

Ich benötige eine Unterstützung in Höhe von _____ € (max. 500,00 €) und beantrage hiermit Mittel in entsprechender Höhe.

Der Betrag aus dem Hilfsfonds „Wir bleiben in Verbindung“ im Erzbistum Berlin soll bei Bewilligung auf das folgende Konto überwiesen werden:

Kontoinhaber:

IBAN:

4. Erklärungen

Hiermit erklärt der unter Ziffer 1 bezeichnete Antragsteller, dass

die beantragte Unterstützung nicht bereits bei einer anderen kirchlichen oder staatlichen Stelle geltend gemacht worden ist;

die erbetene Hilfe kurzfristig nicht auf andere Weise erlangt werden kann;

er die aus dem Hilfsfonds „Wir bleiben in Verbindung“ im Erzbistum Berlin zur Verfügung gestellten Mittel zweckgemäß verwenden wird;

die in diesem Antrag erfolgten Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht worden sind und der Wahrheit entsprechen.

5. Einwilligungen und Datenschutz

Hiermit willige ich in die Verarbeitung der in diesem Antrag mitgeteilten personenbezogenen Daten zum Zwecke der Antragsbearbeitung und dessen Abwicklung ein.

Wir möchten Fotos und personenbezogene Daten veröffentlichen, um die Förderaktion publik zu machen. Damit uns dies rechtlich möglich ist, benötigen wir eine entsprechende Einwilligung. Das kirchliche Interesse besteht in diesem Fall in der Öffentlichkeitsarbeit.

Ich willige ein, dass Fotos von mir unter Angabe meines Namens und des Förderhintergrundes übermittelt bzw. verbreitet werden, und zwar über

analoge Medien (z. B. Druckerzeugnisse): ja / nein

digitale Medien (z. B. Webseiten, Soziale Medien): ja / nein

Die Einwilligungen sind freiwillig und jederzeit schriftlich/in Textform für die Zukunft gegenüber dem Verantwortlichen (Kontaktdaten unter „Hinweise zum Datenschutz“) widerruflich. Bei Druckerzeugnissen wie Broschüren oder Flyern ist die Einwilligung nicht mehr widerruflich, wenn der Druckauftrag bereits erteilt ist. Wird die Einwilligung nicht widerrufen, gilt sie zeitlich unbeschränkt.

Aus der Nichterteilung oder dem Widerruf der Einwilligung entstehen keinerlei Nachteile. Lediglich der Widerruf der Einwilligung in die Verarbeitung zum Zwecke der Antragsabwicklung hätte zur Folge, dass der Antrag nicht mehr ordnungsgemäß bearbeitet werden kann.

Der/die Antragsteller/in versichert, die Datenschutzhinweise in der Anlage zur Kenntnis genommen zu haben.

Antragsteller/in:

Mitarbeiter/in der Antragstelle:

Seitens der Antragstelle wird dieser Antrag befürwortet.

_____, den _____
(Ort, Datum)

_____, den _____
(Ort, Datum)

(Unterschrift)

(Unterschrift)



Anlage Datenschutzhinweise §15 KDG

Verantwortlicher

Für die Datenerhebung und Verarbeitung ist das Erzbistum Berlin, Erzbischöfliches Ordinariat, vertreten durch den Generalvikar P. Manfred Kollig SSCC, verantwortlich.

Freiwillige Angaben

Wir erheben grundsätzlich nur die Daten, die zur Bearbeitung des Förderantrags notwendig sind. Die Angabe von (z. B. Telefonnummer und E-Mail-Adresse) ist jedoch freiwillig. Es sind keine negativen Konsequenzen mit der Nichtbereitstellung dieser Daten verbunden. Allerdings kann die Nichtbereitstellung im Einzelfall (die nachfolgende Kommunikation erschweren bzw. verzögern).

Kontaktdaten des betrieblichen Datenschutzbeauftragten:

Dr. Uwe Schläger
datenschutz nord GmbH
Web: www.datenschutz-nord.de
E-Mail: office@datenschutz-nord.de

Rechte der betroffenen Person

Betroffene Personen haben das Recht auf Auskunft seitens des Verantwortlichen über die sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung unrichtiger Daten oder auf Löschung, sofern einer der in § 19 KDG genannten Gründe vorliegt, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden. Es besteht zudem das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, wenn eine der in § 20 KDG genannten Voraussetzungen vorliegt und in den Fällen des § 22 KDG das Recht auf Datenübertragbarkeit.

Werden Daten auf Grundlage von § 6 Abs. 1 lit. Nr. b, f oder g KDG erhoben, steht der betroffenen Person das Recht zu, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Widerspruch einzulegen. Wir verarbeiten die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, es liegen nachweisbar zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung vor, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.



Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden Daten gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen verstößt. Das Beschwerderecht kann insbesondere bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat des Aufenthaltsorts der betroffenen Person oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend gemacht werden.

Datenschutzaufsichtsbehörde ist der Diözesandatenschutzbeauftragte der ostdeutschen Bistümer und des Katholischen Militärbischofs:

Kirchliche Datenschutzaufsicht der ostdeutschen Bistümer
und des Katholischen Militärbischofs
Matthias Ullrich
Margaretenstraße 1
39218 Schönebeck

Hinweis auf ein Widerspruchsrecht nach § 23 KDG

Werden Daten auf Grundlage von § 6 Abs. 1 lit. f oder g KDG erhoben, steht Ihnen das Recht zu, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Widerspruch einzulegen. Wir verarbeiten die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, es liegen nachweisbar zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung vor, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Bitte richten Sie den Widerspruch an:

Erzbistum Berlin
Zentrale Servicestelle Projekte und Prozesse
Niederwallstr. 8-9
10117 Berlin
E-Mail: fundraising@erzbistumberlin.de